



KEIN HUNGER BIS 2030

Längst eine Illusion?

Immer mehr Menschen hungern. Besonders für ohnehin schon arme ErzeugerInnen von Lebensmitteln im Globalen Süden wird es immer problematischer, ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Die Regierungen in Nord und Süd setzen unter dem Deckmantel der Ziele für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen (SDGs) jedoch weiter auf die Zusammenarbeit mit der Agrarindustrie und folgen deren Verheißungen, die Welt durch weitere einseitige Produktionssteigerungen von Monokulturen zu ernähren. Dabei braucht es einen echten Paradigmenwechsel – und vor allem endlich Geld für die Alternativen.

Die Forderungen nach einer Agrarwende mehren sich auch international. Die Vereinten Nationen (UN) veröffentlichten jüngst dramatische Zahlen zur Situation von Mensch und Natur. Der weltweite Biodiversitätsreport IPBES legte offen, wie sehr die Zerstörung unseres Ökosystems die Erreichung von SDG 2 behindert. Der neue Sonderbericht des Weltklimarates (IPCC) zeigt, wie zunehmende Landnutzung für Futtermittelanbau die Treibhausgasemissionen ansteigen lässt. Steigende Temperaturen und vermehrte Wetterextreme stellen die Nahrungsmittelproduktion vor große Herausforderungen. Geht die Entwicklung so weiter, wird in vielen Dürreregionen im südlichen Afrika der Maisanbau in 20 Jahren nicht mehr möglich sein. Die Zahlen sprechen für sich: Die Erreichung von SDG 2 – kein Hunger bis 2030 – scheint in unerreichbarer Ferne, wenn sich das weltweite Agrar- und Ernährungssystem nicht grundlegend verändert.

Wachstum allein ist keine Lösung

Mehr als 820 Millionen Menschen hungern laut UN-Welternährungsorganisation (FAO). Besonders alarmierend: Zum dritten Mal in Folge hungern mehr Menschen als im Jahr zuvor. Damit sind die Werte auf dem Niveau von vor zehn Jahren angelangt. Am dramatischsten ist die Situation im Afrika südlich der Sahara, wo jeder Fünfte hungert. Ein Viertel der Menschen weltweit ist regelmäßig gezwungen, Mahlzeiten auszulassen.¹ Dass etwa 8 Prozent davon in Europa und Nordamerika leben, zeigt, dass Hunger nicht nur den Globalen Süden betrifft. Die FAO nennt wachsende soziale Ungleichheit mittlerweile als eine der Hauptursachen und erkennt zunehmend an,

dass „Wirtschaftswachstum alleine zu keiner Transformation des Ernährungssystems führen wird“. Doch leider ist dieser Erkenntnisgewinn nicht auf politischen Entscheidungsebenen angelangt. Das belegen fehlgesteuerte Geberstrategien und Agrarpolitiken im Globalen Süden genauso wie die deutsche Position bei der Neuausrichtung der europäischen Agrarpolitik.

Das industrielle Agrarmodell ist gescheitert

Noch nie wurde weltweit pro Kopf gerechnet so viel Nahrung produziert wie heute. Dennoch ist die internationale Staatengemeinschaft bei allen Unterzielen von SDG 2 nicht auf dem richtigen Pfad.² Nur etwa 40 Prozent der Getreideernte landet tatsächlich auf dem Teller. Der Rest wird für die Herstellung von Tierfutter, Biosprit und Kunststoffe verwendet. Von den Produktionssteigerungen haben die Hungernden fast nichts, gleichzeitig leistet der Fokus auf Kalorien zu wenig für die steigende Zahl an Fehlernährten. Die mächtigen Agrar- und Ernährungskonzerne halten jedoch weiter daran fest. Ihr Geschäftsmodell ist schließlich der Verkauf von Kunstdünger, Saatgut, Pestiziden und verarbeiteten Lebensmitteln. Länder im Globalen Süden stellen für sie wachsende Absatzmärkte dar. Indem sie die Formulierungen der SDGs aufgreifen, können sie ihre Vermarktungsstrategien hinter dem Narrativ der Hungerbekämpfung verstecken.

SDGs: Absatzmärkte statt Hungerbekämpfung

Auf den ersten Blick wirkt der internationale Internetauftritt des weltweit größten Düngemittelherstellers Yara fast wie der einer Hilfsorganisation. Unter der Überschrift „Verantwort-

ungsvoll die Welt ernähren und die Erde schützen“ möchte Yara kulturelle, wirtschaftliche und umweltschädliche Hürden überwinden und eine Welt frei von Hunger schaffen. Was zunächst selbstlos klingt, dient jedoch den eigenen wirtschaftlichen Interessen des Unternehmens. Mit seinem Programm „Farm to Market“ (Vom Hof auf dem Markt) will Yara gemeinsam mit Bayer, dem Pestizidhersteller Syngenta sowie Finanzdienstleistern Kleinbäuerinnen und -bauern in vier afrikanischen Ländern angeblich ein besseres Auskommen von der Landwirtschaft ermöglichen. Dafür stellen sie vergünstigte Betriebsmittel und Kredite bereit, bieten Beratungen an. Dabei sammeln sie Daten für weitere und passgenauere Inputs.³ Bäuerinnen und Bauern geraten somit in die wirtschaftliche Abhängigkeit der Unternehmen.

Bislang gibt es keine Belege dafür, dass die von der Agrarindustrie versprochenen Produktions- und Einkommenssteigerungen wirklich zur Hungerbekämpfung führen. Dennoch setzen Regierungen in Nord und Süd auf solche freiwilligen Kooperationen. So arbeitet das deutsche Entwicklungsministeriums mit Bayer und der Bill- und Melinda-Gates-Stiftung sowie mit der Allianz für eine grüne Revolution in Afrika (AGRA) zusammen. Diese lässt bisher messbare Erfolge vermissen. Seit AGRA vor 13 Jahren ins Leben gerufen wurde, hat sich die Armut vor allem auf dem Land kaum verbessert. Laut dem Welthungerindex ist die Ernährungssituation in 12 von 13 AGRA-Ländern weiterhin „ernst“ bis „alarmierend“.⁴ Die Bundesregierung sollte sich aus der Förderung solcher Initiativen zurückziehen.

Für direkte Marktzugänge kooperieren Agrarkonzerne zudem

mit afrikanischen Regierungen. Für Dünger, Pestizide und Hybridsaatgut, meistens für den Anbau einer einzelnen Pflanze wie Mais, werden über staatliche Subventions-Programme in Ländern wie Malawi, Sambia oder Mosambik bis zu 80 Prozent des landwirtschaftlichen Budgets aufgebraucht.⁵ Dringend benötigtes Geld für agrarökologische Forschung, landwirtschaftliche Ausbildung und bäuerliche Saatgutssysteme sind hingegen Fehlanzeige, eine nachhaltige Einkommenssicherung aus der Landwirtschaft wird so für die meisten Menschen nicht möglich. Sie hängen am Tropf der Subventionen sowie der Produkte der Agrarindustrie. Damit bieten Konzerne wie Yara oder Bayer genau das Geschäftsmodell an, das bereits Europas Landwirtschaft in eine ökologische und soziale Krise gestürzt hat.

Die EU-Agrarpolitik muss neu ausgerichtet werden

Die Auswirkungen einer verfehlten Landwirtschaftspolitik sind in Europa ebenfalls offensichtlich. Seit Jahrzehnten wird viel Geld für fragwürdige Wirkungen ausgegeben. Die Folgen sind Überproduktion von Lebensmitteln bei Niedrigpreispolitik für kleinbäuerliche Produkte. Die im SDG 2 geforderten Einkommenssteigerungen für Bäuerinnen und Bauern rücken in immer weitere Ferne. Die

Subventionszahlungen nach Fläche nutzen den großen Konzernen und lassen immer mehr kleinere Betriebe verschwinden. Ganz abgesehen von den Versäumnissen beim Umwelt- und Naturschutz. Agrar- und Handelsunternehmen profitieren enorm von der politischen Unterstützung, die den Absatz ihrer Produkte sowie den günstigen Ankauf von Agrarprodukten zur industriellen Weiterverarbeitung absichert.

Das Potenzial von Agrarökologie zur Erreichung der SDGs

Sowohl im Norden als auch Süden zeigt sich: Eine grundlegend veränderte Subventionspolitik ist notwendig. Von einer agrarökologischen Landwirtschaft profitieren ErzeugerInnen, KonsumentInnen und die Umwelt. Von Kooperationen mit der Privatwirtschaft profitieren bisher leider vor allem Konzerne. Die Bundesregierung sollte erste Weichen stellen und sich klar zur Agrarökologie bekennen.

Erste positive Signale gibt es in Deutschland. So fordern die Koalitionsfraktionen CDU/CSU und SPD in einem im Juni verabschiedeten Bundestagsantrag die Regierung auf, die „Nachhaltigen Entwicklungsziele zu erreichen und das Potenzial von Agrarökologie anzuerkennen und zu unterstützen“ und nicht weiter einseitig auf mehr Produktion setzen. Ein

Signal, das hoffentlich in die nötigen politischen Veränderungen und finanzielle Förderung von Agrarökologie mündet – etwa indem das BMZ künftig einen erheblichen Anteil der 1,5 Milliarden Euro für ländliche Entwicklung und Ernährungssicherung entsprechend nutzt.



Lena Bassermann

Die Autorin ist Referentin für Welternährung und globale Landwirtschaft beim INKOTA-netzwerk.

- 1 <http://www.fao.org/3/ca5162en/ca5162en.pdf>.
- 2 <https://unstats.un.org/sdgs/report/2019/The-Sustainable-Development-Goals-Report-2019.pdf>.
- 3 Yara International (<https://www.yara.com/>); Farm to Market Alliance (<https://ftma.org/>).
- 4 <https://foodtank.com/news/2019/07/opinion-agroecology-as-innovation/>.
- 5 <https://acbio.org.za/wp-content/uploads/2016/07/Input-Subsidies-Report-ACBio.pdf>.



© Kai Pilger

Hungerbekämpfung? Fehlanzeige. Hier wachsen Biosprit und Kunststoffe

3/2019

RUNDBRIEF

Forum Umwelt & Entwicklung

SPEZIAL ZUM
NACHHALTIGKEITSGIPFEL
DER VEREINTEN NATIONEN

GROSSE ZIELE, ABER KEIN PLAN.
WO STEHT DIE AGENDA FÜR
NACHHALTIGE ENTWICKLUNG?